



# Union und FPD setzen sich für Vertriebene und Spätaussiedler ein: in Sachsen wie im Bund!

Jochen-Konrad Fromme erläutert das Regierungsprogramm der Union 2009-2013

Die Union bekennt sich – im Gegensatz zu allen anderen Parteien – zum kulturellen Erbe der deutschen Heimatvertriebenen als festem Bestandteil der deutschen Identität und engagiert sich maßgeblich für die zügige Errichtung der Stiftung „Flucht, Vertreibung, Versöhnung“ in Berlin oder für das Sudetendeutsche Museum in München.

Daher setzt sich die Union mit ihrem neuen Regierungsprogramm 2009-2013 weiter für den Status der Heimatvertriebenen ein. Insbesondere bei der personenstands- und melderechtlichen Erfassung der Geburtsorte von Vertriebenen wahren CDU und CSU die völkerrechtliche Position Deutschlands. Nach wie vor sollen in den Pässen von Deutschen, die aus Schlesien, Pommern oder Ostpreußen stammen, als Geburtsland nicht „Polen“ oder „Sowjetunion“ stehen.

Die Union greift damit ein zentrales Thema vieler deutscher Heimatvertriebener, die östlich der Oder-Neiße-Linie an einem Ort geboren wurden, der seinerzeit innerhalb der Grenzen des Deutschen Reichs vom 31.12.1937 lag, unmittelbar auf.

An keiner Stelle werden etwa im Regierungsprogramm der SPD die Belange dieser wichtigen gesellschaftlichen Gruppe erwähnt, zu der laut Statistik jeder vierte Bundesbürger gehört.

Die Union und FDP in Sachsen bekennen sich ausdrücklich zu den deutschen Heimatvertriebenen und Aussiedlern und haben deshalb im Koalitionsvertrag vereinbart, die Pflege von Kultur sowie Traditionen der Vertriebenen zu unterstützen. Die Koalitionspartner einigten sich außerdem, die Integration von Spätaussiedlern



Jochen-Konrad Fromme MdB

stärker zu forcieren und dafür das neue Amt eines Landesbeauftragten einzurichten.

Die Gruppe der Vertriebenen, Flüchtlinge und Aussiedler der CDU/CSU-Bundestagsfraktion hat sich stets für die Schaffung und Beibehaltung von Heimatvertriebenen- und Aussiedlerbeauftragten auf Landesebene eingesetzt.

Daher begrüßt die Gruppe das gemeinsame Bekenntnis von Christdemokraten und Liberalen in Sachsen zum historischen Erbe Deutschlands und das prompte Eintreten der Koalitionspartner für Vertriebene und Aussiedler sehr.

## INHALT

SEITE 2  
**AUFARBEITUNG VON FLUCHT UND VERTREIBUNG IM FERNSEHEN – ZDF-PRÄSENTATION**

Sven Oole

SEITE 5  
**LAND BERLIN BEHANDELT VERTRIEBENE ALS „AUS-LÄNDER“**

Jochen-Konrad Fromme

SEITE 6  
**DELEGATIONSREISE IN DIE UKRAINE – LAGE DER DEUTSCHEN MINDERHEIT ÜBERWIEGEND GUT**

Sven Oole

SEITE 7  
**DIREKTOR DER STIFTUNG „FLUCHT, VERTREIBUNG, VERSÖHNUNG“ GEWÄHLT**

Jochen-Konrad Fromme

# Union bleibt verlässlicher Partner der Aussiedler

## Die Ergebnisse der Aussiedlerbeauftragtenkonferenz der CDU Deutschlands

Die vorletzte Aussiedlerbeauftragtenkonferenz der CDU Deutschlands vor der Bundestagswahl 2009 wartete mit einem Novum auf: Erstmals waren Kirchenvertreter bei der zweimal jährlich stattfindenden Aussiedler-Konferenz der Bundes-CDU zu Gast. Neben den Aussiedlerbeauftragten der Landes- und Kreisverbände, der CDU-Landtagsfraktionen und Landesregierungen sowie dem Aussiedlerbeauftragten der Bundesregierung, Dr. Christoph Bergner, kamen nun auch Vertreter der Evangelischen Kirche in Deutschland, der Deutschen Bischofskonferenz, der Baptisten, Mennoniten und Pfingstler im Konrad-Adenauer-Haus zusammen.

Ziel der Konferenz war es, sich über die Aussiedlerseelsorge sowie den Stand der Aussiedlerintegration durch die Kirchen,

über Erfolge und Probleme auf diesem Feld, auszutauschen. Die Kirchenrepräsentanten appellierten dabei an die Politik, das Bewusstsein für die manch einem fremd gewordenen kulturellen Traditionen unserer Landsleute weiterhin wach zu halten und an der gesetzlichen Vermutung des allgemeinen Kriegsfolgen-schicksals für die Deutschen aus der ehemaligen Sowjetunion festzuhalten. Übereinstimmend zogen die Teilnehmer das Fazit, dass die kirchliche Integration der Aussiedler nicht abgeschlossen sei, sondern sich noch mitten im Prozess befinde. Seitens der CDU wurde bekräftigt, dass die Union auch künftig ein verlässlicher Partner der Aussiedler bleibe. Ebenfalls machten die Unions-Vertreter deutlich, dass die CDU an der Seite der Deutschen, die in den Herkunftsgebieten bleiben wollten, stehe.

# Aufarbeitung von Flucht und Vertreibung im Fernsehen

## Präsentation der ZDF-Redaktion „Zeitgeschichte“



v.l.: Helmut Sauer, Rudolf Götz MdL, Klaus Brähmig MdB, Jochen-Konrad Fromme MdB, Stefan Brauburger, Sven Oole

Stefan Brauburger, stellvertretender Leiter der ZDF-Redaktion „Zeitgeschichte“, stellte in der Gruppe der Vertriebenen die Aufarbeitung von Flucht und Vertreibung im Fernsehen vor. Er führte aus, dass das zentrale Problem sei, wie man heute der jüngeren Generation Geschichte vermittelt. Bei der „Gustloff“ sei es beispielsweise gelungen, mit der Dokumentation nach dem Spielfilm sehr viele Zuschauer zu gewinnen. Hauptproblem sei, dass es bald

keine Zeitzeugen mehr gebe. Daher habe man abgekoppelt vom Senderbetrieb den ZDF-Jahrhundert-Bus auf die Marktplätze geschickt, um Interviews aufzunehmen. Brauburger präsentierte sechs Ausschnitte wie „Die Deutschen“, Flucht aus Breslau, Potsdamer Konferenz oder 60 Jahre Bundesrepublik, in denen teils sehr ergreifend die deutsche Geschichte filmisch umgesetzt wurde.

# Aktuelle Integrationsprobleme lösen

Tagung mit Vertretern kommunaler Spitzenverbände und Bundesbehörden



v.l.: Dr. Alexander Schumacher (BMI), Ingo Behnel (BK), Dagmar Dahmen (BK), Uwe Lübking (DStGB), Henning Niederhoff

Die Gruppe der Vertriebenen, Flüchtlinge und Aussiedler der CDU/CSU-Bundestagsfraktion führte eine Tagung mit Vertretern der kommunalen Spitzenverbände, Bundesministerien und –ämter sowie nichtstaatliche Organisationen zu aktuellen Integrationsfragen/Lösungsansätzen auf kommunaler Ebene durch. Das Treffen stellte den Auftakt zu einem weiteren Schwerpunktthema der Gruppe dar. Handlungsbedarf dafür ergibt sich etwa aus dem Polizeibericht einer niedersächsischen Stadt, der offenbart, wie vielfältig und massiv die Probleme in Wohngebieten sind, wo überwiegend Personen mit Migrationshintergrund, hier größtenteils

Aussiedler, leben. So wurde beobachtet, dass Migranten städtische Wohnungen kaufen und an Angehörige vermieten, welche die Miete durch Transferleistungen der Stadt zahlen. Die Anzahl von Straftaten von erheblicher Bedeutung ist in dieser Gegend im Vergleich zum übrigen Stadtgebiet deutlich überrepräsentiert und es hat sich dort ein Kriminalitätsschwerpunkt herauskristallisiert. Polizeiliche Einsätze führen regelmäßig zu Massenansammlungen, gegen die Beamten werden konkrete Drohungen ausgesprochen und Einsatzmittel zahlreich beschädigt.

## Bayerischer Verdienstorden für Erika Steinbach – Platz 7 auf Politiker-Ranking

Heimatvertriebene wieder fest in der deutschen Gesellschaft verankert

Die Gruppe der Vertriebenen begrüßt sehr, dass der Freistaat Bayern Erika Steinbach mit seiner höchsten Auszeichnung, dem Bayerischen Verdienstorden, ehrte. Zudem würdigte Bayern damit den Jahrestag der Charta der Heimatvertriebenen auf besondere und vorbildliche Weise.

Erika Steinbach hat sich auch in Bayern damit verdient gemacht, indem sie die Heimatvertriebenen wieder fest in der deutschen Gesellschaft verankert und den BdV durch seine zahlreichen lokalen Kontakten zu einer wertvollen Brückenfunktion zwischen Deutschland und seinen östlichen Nachbarn gemacht hat. Ihr unbeirrtes Engagement für die Akzeptanz des harten Schicksals der Heimatver-

triebenen in unserer Gesellschaft wird zunehmend von der Öffentlichkeit honoriert. So führt Erika Steinbach seit geraumer Zeit mit Platz 7 das Politiker-Ranking von FOCUS-Online an, wo etwa Kanzlerkandidat Frank-Walter Steinmeier auf Platz 80 rangiert. Die Unionsbundestagsfraktion gratuliert Erika Steinbach zur Auszeichnung herzlich.



Erika Steinbach MdB

# Kulturgut der Vertriebenen sichern: die Dokumentation der Heimatsammlungen

Prof. Dr. Matthias Weber über den aktuellen Stand des einmaligen Projektes



v.l.: Sven Oole, Anita Schäfer MdB, Henning Niederhoff, Klaus Brähmig MdB, Jochen-Konrad Fromme MdB, Prof. Dr. Weber, Dr. Stephan Eisel MdB

Die Gruppe der Vertriebenen, Flüchtlinge und Aussiedler der CDU/CSU-Bundestagsfraktion sprach mit Prof. Weber, Direktor des Bundesinstitutes für Kultur und Geschichte der Deutschen im östlichen Europa, über den Stand der Dokumentation der Heimatsammlungen sowie über weitere geplante Projekte wie die Erfassung der Zeitzeugen-Erinnerungen. Viele Sammlungen, so Weber, befänden sich mittlerweile in einer existentiell schwierigen Lage, da ihre Leiter sie häufig gesundheitlich nicht weiter führen könnten. In vielen Fällen sei es gelungen, Regelungen zur Erhaltung und Weiterführung der Sammlungen beispielsweise durch Kooperationen mit den jeweiligen Kommunen zu treffen, doch in vielen Fällen sei es nach wie vor kritisch und dort versuche das Institut zu helfen.

Das Institut versuche außerdem, das Erlöschen des aktiven Wissens der Zeitzeugengeneration, das nunmehr durch die voranschreitende Zeit mehr und mehr verloren gehe, abzufangen. Es gäbe eine riesige Zahl ungezählter Zeitzeugenberichte bei den verschiedensten Archiven und Verbänden, die in den letzten Jahrzehnten entstanden sein. Besonders bekannt sei die in den 60er Jahren entstandene Dokumentation der Vertreibung. Das Institut sehe seine Aufgabe darin, die Fülle von zum großen Teil auch noch unbekanntem Berichten zu verzeichnen und zusammenzufassen. Dies sei in einem zweiten Projekt nunmehr begonnen worden.

## Positive Rolle der Vertriebenen nicht weiter ignorieren!

Jochen-Konrad Fromme MdB zum 70. Jahrestag des Ausbruchs des Zweiten Weltkrieges

Deutschland setzt mit dem Besuch der Bundeskanzlerin bei den polnischen Gedenkfeiern zum Beginn des Zweiten Weltkrieges ebenfalls ein Zeichen der Versöhnung: 70 Jahre danach begehen beide Länder diesen Gedenktag als „Partner und Freunde“ in der EU.

Auch der Bund der Vertriebenen gedenkt zum Jahrestag des Kriegsbegins „in Anteilnahme und Mitgefühl der Millionen Opfer unserer Nachbarvölker und der Opfer des Holocaust.“

Die Botschaften der Bundeskanzlerin sowie des Bundes der Vertriebenen beweisen eindeutig, dass in Deutschland der Wille zur Aussöhnung herrscht, welcher etwa im Verhältnis zu Frankreich schon voll zum Tragen gekommen ist. Außerdem widerlegen die Erklärungen von Angela Merkel und Erika Steinbach unmissverständlich polnische Befürchtungen, dass die Geschichte des Zweiten

Weltkrieges umgeschrieben werden soll. Für die weitere Verständigung wäre es endlich angebracht, die positive Rolle der Heimatvertriebenen und ihrer Organisationen beim Versöhnungsprozess im In- wie Ausland nicht weiter – wie bisher oft geschehen – zu ignorieren.

So sind es gerade die Vertriebenen, die mit ihren zahlreichen grenzüberschreitenden Kontakten neue Brücken in die ehemalige Heimat bauen. Auch wird in der Fundamentalkritik an der Person der Präsidentin des BdV immer unterschlagen, dass ausgerechnet sie es war, die bereits zum 60. Jahrestag des Warschauer Aufstandes eine große Gedenkveranstaltung organisiert und damit den Weg zum Miteinander gesucht hat.

# Land Berlin behandelt Vertriebene als „Ausländer“

Jochen-Konrad Fromme MdB kritisiert die Erklärung von Dr. Ehrhart Körting, Innensenator von Berlin, zur melderechtlichen Behandlung von deutschen Heimatvertriebenen

Ehrhart Körting verletzt mit seiner Ankündigung, sich nicht an die kürzlich getroffene Einigung der Länder mit dem Bundesinnenminister zu halten, bewusst und verantwortungslos die Gefühle der betroffenen Heimatvertriebenen. Nach seiner Weisung sollen die Berliner Meldebehörden bei Deutschen, die nach 1945 jenseits von Oder und Neiße geboren wurden, als Geburtsstaat „Polen“ oder „Russland“ eintragen.

Körting missachtet völlig die völkerrechtliche Position der Bundesregierung, welche durch oberste Gerichtsentscheidungen festgelegt ist und die sich nicht geändert hat. So entschied etwa das Bundesverwaltungsgericht in seinem Urteil vom 4. Mai 1999, die Gebiete östlich von Oder und Neiße auch nach dem Protokoll der Potsdamer Konferenz vom 2. August 1945 als Inland anzusehen. Daran halten ebenfalls die Innen- und Vertriebenenpolitiker der CDU/CSU-Bundestagsfraktion fest.

Die CDU/CSU-Bundestagsfraktion hat sich seit der Einführung der neuen Steueridentifikationsnummern Ende 2008 – lange vor dem Wahlkampf wie Körting unterschlägt – durch das SPD-geführte Bundesfinanzministerium und der dadurch verursachten Fehler vehement dafür eingesetzt, dass auf das Befinden der Vertriebenen Rücksicht genommen wird.

Nicht zuletzt hat die Union deshalb in ihrem Regierungsprogramm 2009-2013 erklärt, bei der personenstands- und melderechtlichen Erfassung der Geburtsorte von Vertriebenen die völkerrechtliche Position Deutschlands zu wahren.

Die unionsgeführten Länder haben daraufhin gemeinsam mit dem Bundesinnenministerium die Kriterien der melderechtlichen Erfassung von Heimatvertriebenen erneut überprüft und sind übereingekommen, dass für die bis 1990 Geborenen gelten soll, diese melderechtlich einheitlich als „Inlandsgeburten“ zu behandeln.

## Neues Konzept der HdG-Dauerausstellung Erstmals Themenfeld Stadtentwicklung und Flüchtlingssiedlungen



v.l.: Erika Steinbach MdB, Prof. Dr. Hans Walter Hütter, Jochen-Konrad Fromme MdB, Klaus Brähmig MdB

Die Gruppe der Vertriebenen, Flüchtlinge und Aussiedler der CDU/CSU-Bundestagsfraktion sprach mit Prof. Dr. Hans Walter Hütter, Präsident der Stiftung Haus der Geschichte der Bundesrepublik Deutschland (HdG), über das derzeit neu überarbeitete Konzept der Dauerausstellung des HdG, in der nach erstem Eindruck von Jochen-Konrad Fromme MdB das Thema Flucht und Vertreibung zu knapp bemessen sei. Prof. Hütter erläuterte, dass man dabei sei, in der Dauerausstellung einen neuen Blickwinkel auf Flucht und Vertreibung zu werfen. Durch die Wechselausstellung „Flucht, Vertreibung, Integration“ habe man zudem neue Quellen

erschlossen, die Objektlage sei nun viel besser als vorher. Ferner seien Kontakte geknüpft worden, so zum BdV-Frauenverband, der dem HdG ein Tagebuch besorgt habe, das man nun ausstellen wolle. Die Basis für Flucht und Vertreibung liege in der Dauerausstellung im Zeitabschnitt 1945 bis 1949, das Lastenausgleichsgesetz sei hier der Aufhänger. In den 50er Jahren plane man ein neues Themenfeld: Wiederaufbau und Stadtentwicklung, wo man auf Flüchtlingssiedlungen eingehen wolle. Erstmals werde auch der DDR-Erlass zu den „Umsiedlern“ thematisiert und zusätzliche Zeitzeugen sollen über die Phase der Integration berichten.

# Situation der deutschen Minderheit in der Ukraine

Delegationsreise der Gruppe der Vertriebenen nach Kiew, Odessa und auf die Krim



v.l.: Jochen-Konrad Fromme MdB, Dr. Mykola Baltazhy, Klaus Brähmig MdB, Frank Willenberg (BMI)

Da die Ukraine besonders von der globalen Wirtschaftskrise betroffen ist, setzte die Unions-Gruppe der Vertriebenen mit ihrer diesjährigen Delegationsreise ein Zeichen der Solidarität mit dem historischen Grenzland zwischen Europa und Asien.

Unter Leitung von Jochen-Konrad Fromme MdB machte sich die Gruppe in Kiew ein Bild von der aktuellen Krise und dem Stand der bilateralen Beziehungen. Daneben ging es um die Situation der deutschen Minderheit, etwa in Odessa, wo derzeit ein Zentrum der insgesamt etwa 30.000 in der Ukraine lebenden Deutschstämmigen entsteht – das Deutsche Zentrum St. Paul. Die Lage der deutschen Minderheit erwies sich überwiegend als gut.

Besonderes Augenmerk galt der Krim mit der dort stationierten

russischen Schwarzmeerflotte, um deren von der ukrainischen Regierung geforderten Abzug 2017 sich ein größerer Konflikt mit Russland entwickeln könnte. Russische Politiker stellten jüngst die Legitimität der ukrainischen „Herrschaft“ über die Halbinsel grundsätzlich in Frage. Premier Putin sprach über die Ukraine sogar von „Kleinrussland“. Die Gruppe machte deutlich, dass die neu gegründete Östliche Partnerschaft der EU mit sechs ehemaligen Sowjetrepubliken, darunter die Ukraine, jetzt zügig mit Leben gefüllt werden muss, um diese Staaten bei ihren demokratischen Reformen zu unterstützen und enger an Europa anzubinden. Als Vorbereitung der Reise traf sich die Gruppe mit dem Gesandten der Botschaft der Ukraine, Herrn Dr. Mykola Baltazhy.

## Positive Bilanz der Unions-Aussiedlerarbeit

Ergebnisse der Aussiedlerbeauftragtenkonferenz der CDU Deutschlands am 4. September 2009

Auf der letzten Aussiedlerbeauftragtenkonferenz der CDU Deutschlands vor der Bundestagswahl 2009 zogen die Aussiedlerbeauftragten der Landes- und Kreisverbände, der CDU-Landtagsfraktionen und Landesregierungen sowie der Aussiedlerbeauftragte der Bundesregierung, Dr. Christoph Bergner, eine positive Bilanz der Aussiedlerarbeit in den letzten vier Jahren. Im Gegensatz zur rot-grünen Regierungszeit, wo ein Oskar Lafontaine noch das Eintreten für Aussiedler als „Deutschtümelei“ verunglimpfte, hat die Union sich stets als verlässlicher Partner der Aussiedler erwiesen.

So geht die Einrichtung des Beauftragten der Bundesregierung für Aussiedlerfragen auf die Union zurück, die seit 1988 an dem Amt

festgehalten und den hohen Stellenwert dieser Funktion durch den Parlamentarischen Staatssekretär beim Bundesministerium des Innern unterstrichen hat.

Die Vertreter der Landsmannschaft der Deutschen aus Russland dankten sowohl Herrn Fromme als auch Herrn Bergner für ihr großes Engagement und ihre ständige Gesprächsbereitschaft, die sich nicht zuletzt in einem jüngsten Treffen mit der Vorsitzenden der CDU Deutschlands, Dr. Angela Merkel, niederschlug.

Die Union wird sich weiterhin für die Belange der Aussiedler, etwa bei Fragen der Anerkennung von im Ausland erworbenen Berufsabschlüssen oder Härtefällen der Familienzusammenführung, einsetzen.

# Neuer Leiter der Abteilung Migration im BMI

Franz-Josef Hammerl über die Abgrenzung zwischen Ausländer- und Vertriebenenrecht



v.l.: Klaus Brähmig MdB, Jochen-Konrad Fromme MdB, Erika Steinbach MdB, Franz-Josef Hammerl, Anke Eymer MdB, Helmut Sauer (OMV), Sven Oole

Die Gruppe der Vertriebenen, Flüchtlinge und Aussiedler sprach mit Franz-Josef Hammerl, neuer Abteilungsleiter für Migration, Integration, Flüchtlinge und Europäische Harmonisierung des Bundesinnenministeriums. Hammerl, der sudetendeutsche Wurzeln hat, ist ein sehr erfahrener Ministerial- und Verwaltungsbeamter. Der Jurist hat sich in seiner Karriere in verschiedenen Stationen als Referatsleiter - unter anderem für Asyl- und Ausländerrecht im Bundeskanzleramt - und seit dem 1. März 2008 als Vizepräsident beim Bundespolizeipräsidium hervorragend bewährt. Aufgrund seiner einschlägigen Vorerfahrungen ist er für die Funktion als

Leiter der Abteilung „Migration; Integration; Flüchtlinge; Europäische Harmonisierung“ prädestiniert. Hammerl informiert die Gruppe über die derzeitige Gesetzeslage in seinem Zuständigkeitsbereich, besonders in der Abgrenzung zwischen Ausländer- und Vertriebenenrecht. Er spricht sich für eine offene und gute Zusammenarbeit aus. Jochen-Konrad Fromme MdB beglückwünscht Herrn Hammerl zu seiner neuen Tätigkeit und weist daraufhin, dass es beim Thema Familiennachzug für Spätaussiedler nach wie vor großen Bedarf für „menschliche“ Lösungen gebe.

## Direktor der Vertriebenen-Stiftung gewählt

Jochen-Konrad Fromme MdB begrüßt die Wahl des Direktors und wissenschaftlichen Beraterkreises der Stiftung „Flucht, Vertreibung, Versöhnung“

Der Stiftungsrat hat mit Prof. Dr. Manfred Kittel einen hervorragenden Direktor für die Stiftung „Flucht, Vertreibung, Versöhnung“ gewählt!

Kittel, bisher wissenschaftlicher Mitarbeiter am renommierten Münchener Institut für Zeitgeschichte und Geschichtswissenschaftler in Regensburg, ist fachlich besonders qualifiziert, dem Auftrag der Vertriebenen-Stiftung gerecht zu werden:

Prof. Kittel koordinierte etwa im Auftrag des Deutsch-Tschechischen Zukunftsfonds das internationale Projekt zu den Benes-Dekreten und der Vertreibung der Deutschen im europäischen Vergleich. In seinem jüngsten Buch „Vertreibung der Vertriebenen?“ stellte Kittel eindrucksvoll fest, dass die westdeutsche Gesellschaft seit den 60er Jahren das Thema Vertreibung der Deutschen weitgehend verdrängte und ihr

Schicksal im Kontext von Außen- und Erinnerungspolitik instrumentalisierte.

Die neun Mitglieder des wissenschaftlichen Beraterkreises, von denen je einer aus der Tschechien, Polen und Ungarn stammt, bürgen ebenfalls durch ihre hohe Reputation für Kompetenz und Ausgewogenheit: Dr. Peter Becher, Prof. Dr. Raphael Gross, Dr. Helga Hirsch, Prof. Dr. Kristina Kaiserova, Dr. Andreas Kossert, Prof. Dr. Tomasz Szarota, Prof. Dr. Hans Maier und Dr. Kristian Ungvary.

Die Stiftung „Flucht, Vertreibung, Versöhnung“ geht auf die Initiative der Union zurück, im historischen Deutschlandhaus am Anhalter Bahnhof in Berlin eine Ausstellungs- und Dokumentationsstätte zur Erinnerung und zum Gedenken an Flucht und Vertreibung einzurichten.

### **Beisetzung der Toten von Marienburg – Stadt will Denkmal errichten – Jochen-Konrad Fromme MdB:**

Die über 2000 Toten, die vor einem knappen Jahr in einem Massengrab an der Marienburg gefunden wurden, finden auf der deutschen Kriegsgräberstätte in Neumark bei Stettin ihre letzte Ruhe. Mit einer ökumenischen Trauerfeier, gemeinsam von einem deutschen und polnischen Kriegsgräberverband organisiert, wird der Opfer gedacht, welche zum größten Teil Deutsche waren, die während des Endes des Zweiten Weltkrieges an Verletzungen oder Hunger umgekommen waren. Es ist ein gutes Zeichen der Versöhnung, dass es ausgerechnet deutsche Heimatvertriebene und junge Polen waren, die sich für die Aufklärung dieses Massengraves eingesetzt haben. Es ist daher sehr zu begrüßen, dass Vertreter der heutigen Stadt Malbork ein Denkmal errichten wollen, an dem jährlich der Toten gedacht werden soll. Die Union gedenkt dem Schicksal der Toten und erinnert daran, dass bei Flucht und Vertreibung mehrere hunderttausende Deutsche umgekommen sind, von denen die meisten kein so würdevolles Begräbnis erhalten haben.

### **Demokratieverständnis der SPD traurig – Union steht hinter Opferverband! – Jochen-Konrad Fromme MdB:**

Gernot Erler erklärt unverhohlen, dass die SPD den Einzug von BdV-Präsidentin Erika Steinbach in den Stiftungsrat der Stiftung „Flucht, Vertreibung, Versöhnung“ weiterhin strikt ablehnt. Er verunglimpft damit zum einen auf beschämende Weise das Engagement der im BdV vertretenen Sozialdemokraten, die sich zusammen mit Liberalen oder Christdemokraten dafür einsetzen, dass das Schicksal der Heimatvertriebenen endlich gesellschaftlich anerkannt wird. Zum anderen offenbart Erler mit seiner Forderung, die Union solle klar gegen die Aufnahme Steinbachs Stellung beziehen, ein trauriges Demokratieverständnis, welches die Tradition der ältesten parlamentarisch vertretenen Partei Deutschlands mit den Füßen tritt: In einer demokratisch verfassten Gesellschaft darf niemand auf das Benennungsrecht eines Vereines oder Opferverbandes aus dem In- wie Ausland Einfluss nehmen. Der Bund der Vertriebenen, die größte Organisation der deutschen Heimatvertriebenen, hat laut Stiftungsgesetz das Recht, drei von dreizehn Sitzen im Stiftungsrat zu besetzen. Dies hat die Union unmissverständlich in ihrem neuen Regierungsprogramm deutlich gemacht und dabei bleibt es auch!

### **OMV dankt Bischofskonferenzen – Helmut Sauer:**

Die gemeinsame Erklärung der Deutschen und der Polnischen Bischofskonferenz aus Anlass des 70. Jahrestages des Beginns des Zweiten Weltkrieges am 1. September 1939 wurde von vielen Menschen, insbesondere den deutschen Heimatvertriebenen, erwartet. Wir wurden nicht enttäuscht und danken. Die Erinnerung und das Gedenken an Krieg, Verfolgung, Ermordung und Vertreibung von Haus und Hof, an den Verlust unserer Heimat und an die für manche Schicksalsgefährten leider nicht angesprochenen, aber noch immer ungeklärten Eigentumsverhältnisse dürfen uns in der Tat nicht an die Vergangenheit ketten, sondern müssen uns befähigen zu einer gerechteren Zukunft. Sicherlich sind beim Bemühen um Wahrhaftigkeit und Gerechtigkeit weiterhin auf beiden Seiten Geduld, Behutsamkeit und guter Wille für die gemeinsame Zukunft beim Kennenlernen und der gegenseitigen Annahme unverzichtbar. Viele von uns praktizieren dies erfolgreich, oft im Stillen, seit Jahrzehnten vor Ort, meist in Zusammenarbeit mit den in der Heimat verbliebenen Landsleuten, deren menschenrechtliche Lage sich erfreulicherweise verbessert hat. Wir Mitglieder der Ost- und Mitteldeutschen Vereinigung/Union der Vertriebenen, Flüchtlinge und Aussiedler in der CDU/CSU werden uns weiterhin im Geist des Evangeliums an diesem Friedenswerk der Wahrheit, der Gerechtigkeit und der Verständigung in europäischer Zielrichtung beteiligen.

### **Union begrüßt Pilotprojekt „Samstagsschulen“ in Polen – Jochen-Konrad Fromme MdB:**

Am letzten Wochenende startete das hervorragende Pilotprojekt „Samstagsschulen“, mit dem der angekündigte Neuanfang der deutschen Minderheit in Schlesien tatkräftig umgesetzt wird. Bei den „Samstagsschulen“ handelt es sich laut der Initiatoren um Ergänzungsunterricht, bei dem die Kinder der deutschen Minderheit auf spielerische Art ihre Muttersprache außerhalb des Schulsystems lernen sowie die deutsche Kultur aufrechterhalten können. Zunächst werden samstäglich je 15 Kinder im Alter von sechs bis zehn Jahren in lokalen Einrichtungen an zehn Ortschaften der Region von erfahrenen Germanisten unterrichtet.

Die Union begrüßt ausdrücklich den neuen Kurs von Bernard Gaida, Vorsitzender des Dachverbandes der deutschen Minderheit in Polen (VdG), der sich angesichts der geschwundenen Sprachkenntnisse seiner Landsleute vor allem um die deutsche Identität der Minderheit kümmern will. Die SKGD ist die wichtigste und zugleich mitgliederstärkste Organisation der deutschen Minderheit in Oberschlesien. Ihr gehören etwa 330 Deutsche Freundschaftskreise in den Gemeinden und Dörfern der Woiwodschaft Oppeln und der Region Lublinitz an.

## **IMPRESSUM**

|                          |  |
|--------------------------|--|
| Herausgeber:             | Dr. Norbert Röttgen MdB<br>Hartmut Koschyk MdB<br>Parlamentarische Geschäftsführer<br>Jochen-Konrad Fromme MdB |
| Redaktion:               | Sven Oole (verantwortlich)<br>Martin Kreienbaum  |
| Sekretariat:<br>Kontakt: | Ines Roehm<br>Gruppe der Vertriebenen, Flüchtlinge und<br>Aussiedler   |
| Anschrift:               | Platz der Republik 1<br>11011 Berlin<br>Telefon (0 30) 2 27-55364<br>Telefax (0 30) 2 27-56154                 |